

Greenwich-Promenade

Vision als Bürgerprojekt

2

Schulendorfer Straße

BVV ignoriert Bürgerwillen

3

Protestbewegung gegen Hartz IV:

Wir haben Alternativen!

Die Protestbewegung gegen Hartz IV stellt sich auf längeren Kampf ein. Auf der bundesweiten Kundgebung am 2. Oktober in Berlin brachte es der Sprecher des Leipziger Sozialforums auf den Punkt: Demonstrieren ist gut, aber jetzt müssen wir uns besser organisieren.

Was das heißen kann, verdeutlichte eine Konferenz von Mitglie-

dern verschiedener Anti-Hartz-Bündnisse in der Technischen Fachhochschule Berlin am Sonntag darauf. Es soll vor allem eine Zeit verstärkter Diskussionen in den sozialen Bewegungen, lokalen Bündnissen und mit Gewerkschaftsmitgliedern beginnen. Das wird eine Diskussion sein, zu der die rotgrün-schwarzgelbe Parteienkoalition nicht bereit ist - trotz Demonstrationen und Vertrauensentzug bei den Wahlen.

„Alternativlos - das ist die Formel der herrschenden politischen Kräfte, um demokratische Diskussionen über die Richtung der gesellschaftlichen Entwicklung zu verhindern“, heißt es in dem Entwurf einer Erklärung der Konferenz. Das stimmt mit den

Erfahrungen der PDS überein, deren Gegenentwurf zur Agenda 2010, die „Agenda sozial“, nie die Ehre einer öffentlichen Auseinandersetzung erfuhr. Die Konferenz hielt entgegen: „Die Richtung gesellschaftlicher Entwicklung zu diskutieren und die Gesellschaft zu gestalten ist die Aufgabe und das Recht aller in ihr lebenden Menschen.“

Wir haben Alternativen, stellte die Konferenz im Ergebnis von fünf Workshops fest: Lohnende Arbeit für jeden, eine Grundsicherung für alle ohne entwürdigende Bedingungen, eine sozial gerechte Steuerpolitik und die Wahrung des freien Zugang aller zu den öffentlichen Gütern sind möglich.

Die Konferenz reichte ihre Arbeitsergebnisse an das nächste bundesweite Vernetzungstreffen in Magdeburg weiter. Das Berliner Bündnis gegen Hartz IV entschied sich, dass der Platz vor dem Roten Rathaus montags Ort für Protestkundgebungen, Diskussion und Beratung für Betroffene bleiben wird.

H.S.

Mit Hartz IV soll der Bundeshaushalt 2,5 Milliarden Euro an Ausgaben für Lohnersatz- und Sozialleistungen einsparen.

Dafür soll er auf ebenfalls 2,5 Milliarden Einnahmen bei der Absenkung des Spitzensteuersatzes um drei Prozent verzichten.

SPD und Bündnis90/Die Grünen sind gegenüber der CDU/CSU und F.D.P. nicht das kleinere Übel, sondern das besondere Übel. Sie haben die folgenschwerste Sozialabbau-Politik in der Nachkriegszeit Deutschlands begonnen. Sie sind damit Wegbereiter für noch weiter gehende Sozialabbauvorhaben der CDU/CSU und der F.D.P.

(These der Konferenz am 3. Oktober)



Karstadt will sein Haus in der Berliner Straße abstoßen. Bürgermeisterin Wanjuraschlägt Alarm: Die Innenstadt verödet, haltet den Dieb.

Von Unternehmerverbänden verlautet, die Politik solle in Sachen Karstadt was unternehmen. Diese Art Verbände sind zwar in Arbeitnehmerfällen eher weniger, aber in Unternehmensfällen eher mehr für Hilfe vom Staat. Doch die Politik sollte wirklich was tun.

Dass Karstadt eher als andere seinesgleichen der Hammer trifft, ist zwar hausgemacht. Die

Gewerkschaft hat schon früher darauf hin gewiesen, dass das Topmanagement die örtlichen Käuferstrukturen und -bedürfnisse weder kennt noch berücksichtigt.

Welchen Dieb meint Frau Wanjura?

Nicht hausgemacht ist, dass die Leute weniger Geld zum Ausgeben haben. Arbeitsplätze brechen weg, die Arbeitseinkommen brechen ein. Das unterste Viertel der deutschen Haushalte geht längst ans Eingemachte.

Seine Ersparnisse haben sich, soweit vorhanden, in zehn Jahren halbiert. Hier muss man darauf studieren, mit dem Einkommen auszukommen - und schafft es doch nicht. Im obersten Viertel muss man darauf studieren, das Einkommen auszugeben. Hilft aber nichts, die Geldvermögen wachsen, in der gleichen Zeit um ein Viertel.

Das jedenfalls liegt an der Politik, die Frau Wanjuras CDU eher noch schlimmer machen möchte. Aber ob Frau Wanjura das beim Alarmschlagen meinte? Reineke

Aufwertung ja, aber für alle

BVV- Splitter

Unsere Vision: Bürgerprojekt Greenwich-Promenade

Vier Ausschüsse der Reinickendorfer BVV tagten am 29. September zusammen im BVV-Saal.

Der Sachstandbericht des Bezirksamtes zum angestrebten Umbau der Greenwich-Promenade zu einer Seepromenade und/ oder Flaniermeile, maßgeblich angesprochen durch die Bezirksbürgermeisterin, Frau Wanjura (CDU), war ernüchternd. Der Bericht und die anschließende Diskussion in den Ausschüssen gab leider keinen Anlass zur Hoffnung auf ein gutes Ende, das den Anwohnern und Touristen gerecht werden würde.

Ein sog. Großinvestor, der per Interessensbekundungsverfahren gesucht wurde, hat sich nicht gefunden. Und die deutlich heruntergefahrenen Pläne, die das Bezirksamt präsentierte, lassen befürchten, dass der Blick auf das Ganze verstellt und die Vision völlig aus den Augen verloren wird.

Vier kleinere Projekte sind nun angestrebt und wurden von den Investoren selbst bzw. dem Bezirksamt vorgestellt. Doch leider tragen diese hinsichtlich einer stadtplanerischen Gesamtkonzeption, einer „Vision“ und einer Verbesserung der Wohnqualität zum Einen und einer deutlich attraktiveren Anziehungskraft touristischer Angebote zum Anderen, keineswegs Rechnung.

„Als Tiger gesprungen, als Bettvorleger gelandet“ klang es aus der FDP-Fraktion. Vieles spricht dafür, dass sowohl Bezirksamt als auch die CDU-Führungsriege der Wille einer nachhaltigen, bürgerorientierten Umsetzung einer im Grunde

zumindest diskussionswürdigen Idee abhandeln gekommen ist. Schade – doch eine nicht unerwartete Entwicklung.

Gründe sind leicht zu erraten: Eine Vision zur Umgestaltung eines Areals muss in erster Linie von den Interessen der Bürgerinnen und Bürger ausgehen. Die CDU und wohl auch die maßgeblich Verantwortlichen im Bezirksamt denken offensichtlich, es würde reichen, die Wirtschaft anzusprechen, dann ließe alles von allein. Würde erst einmal investiert, entstünden Arbeitsplätze. Alles andere richtet sich dann.

Nein, so geht es nicht. Der Vertreter der Bürgerinitiative stellte fest, dass die befürchtete Störung der Anwohner nun wohl vermieden würde, läge leider nicht an besserer Erkenntnis, sondern wäre nur im Mangel an Investoren begründet. Und das „Totschlagargument“, es entstünden Arbeitsplätze, hielt einer Analyse auch nicht stand. Dem Unverständnis, warum sich das Bezirksamt im Vorfeld des „Tigersprunges“ nicht mit den Anwohnern zusammen gesetzt habe, schließt sich die PDS Reinickendorf an.

Ein Ideenwettbewerb in enger Zusammenarbeit mit den Anwohnern und andere Interessenten würde bei allen gut ankommen, eine nachhaltige Planung ermöglichen und dann von den Beteiligten mitgetragen. Wir schlagen vor, die Gestaltung der Greenwich-Promenade als Bürgerprojekt neu zu inszenieren und einer wirklich bürgernahen Vision Chancen zu geben. Vielleicht kann die Bürgerinitiative ja diese Anregung geben?

Jürgen Schimrock

31. Sitzung, 15.9.2004

Einstimmig in den Sozialausschuss überwies die BVV einen Antrag der SPD und einen Ergänzungsantrag der FDP zur bezirklichen konkreten Umsetzung der Hartz-IV-Gesetze. Es geht im Wesentlichen um die Besetzung des Beirates der „ArGe“, die landesweit damit betraut ist. Die SPD fordert mehr „demokratische Kontrolle“ und die FDP einen Geschäftsführer, der aus dem Bezirksamt kommt.

Mit einer Empfehlung wendet sich die BVV an das Bezirksamt, um die „Verkehrssituation an den Tagen des Trödelmarktes auf dem Parkplatz am Wilhelmsruher Damm deutlich (zu) verbessern“. Die CDU begründete diese u.a. mit dem Argument, dass die Anwohner durch Verkehrslärm und andere lauten Geräusche seit Jahren „terrorisiert“ (!) würden.

Mit dem Hinweis, dass in Reinickendorf an den zwei neuen „gebundenen Ganztagschulen“ keine Informationen darüber vorliegen, dass Eltern das Essensgeld nicht bezahlen würden, beantwortete Schulstadtrat Ewers (CDU) eine mündliche Anfrage der Einzelverordneten Renate Herranen hinsichtlich des Umgangs mit den betroffenen SchülerInnen. Es würde jeweils ein privatrechtlicher Vertrag mit einem Catering-Service bestehen. Zur Ausschulung wie in anderen Bezirken würde es in Reinickendorf nicht kommen, ggf. müsste eine Lösung im Rahmen der Jugendhilfe gefunden werden. Kein Kind solle ohne warme Mahlzeit bleiben.

Horst Jusch

Poloplatz: Nun doch keine unendliche Geschichte?

In den letzten zwei Jahren hat „Wir“ immer wieder über den Poloplatz in Frohnau berichtet. Streitpunkt war der Rundweg um den Poloplatz. Der Pächter des Areals hatte einen Teil dieses öffentlichen Weges, angeblich aufgrund einer Zusage des Bezirksamtes, für sich beansprucht.

Es erfolgten Umbauten, die ein behindertengerechtes Passieren unmöglich machten. Doch der Pächter hatte die Rechnung ohne die Bürger gemacht. Eine Bürgerinitiative und ein Bürgerverein wurden gegründet. Die Bürgerinitiative suchte auch

Kontakt zur PDS in Reinickendorf, von der sie tatkräftig unterstützt wurde. Den Bürgern wurden immer wieder Steine in den Weg gelegt – auch vom Bezirksamt.

Letztlich musste ein Gericht entscheiden, dass der Rundweg um den Poloplatz in Frohnau wieder geöffnet werden soll. Das Bezirksamt klagte gegen den Pächter - auch wegen ausgebliebener Pachtzahlungen. Baustadtrat Michael Wegner (CDU) kommentierte nun für eine Zeitung, dass das Bezirksamt in dieser Sache komplett Recht bekommen hätte - doch ohne das Engagement der Bürger

wäre es wohl nie so weit gekommen.

Heute stellt sich die Frage, warum es zwei Jahre dauern musste, bis ein Ergebnis auf dem Tisch liegt. Warum hat das Bezirksamt immer wieder versucht, durch Kompromisse diese Sache aus der Welt zu schaffen, obwohl die Rechtslage wohl eindeutig war? Es bleibt ein fader Beigeschmack - auch im Umgang mit den Bezirksverordneten.

Für Reinickendorf ist es aber ein gutes Ergebnis. Zeigt es doch, dass es hilft, wenn Bürger dem Bezirksamt auf die Finger schauen.

Olaf Schwabe

Ausbau Schulzendorfer Straße in der BVV:

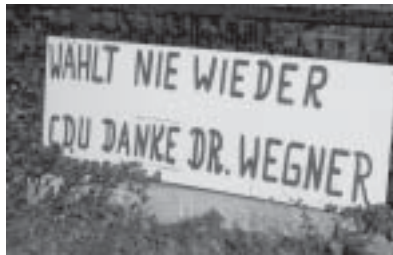
Bürgerwillen ignoriert

Vor der Abstimmung kam der Protest - und ein Eklat

Als hätte das Motto: „Viel Feind, viel Ehr“ nie an Aktualität verloren - so greifen offensichtlich Reinickendorfer CDU-Stadträte nach jeder Gelegenheit, ihm voll und ganz gerecht zu werden.

Annähernd 20 Mitglieder der Bürgerinitiative (BI) Schulzendorfer Straße hatten sich am 15. September ab 16.00 Uhr vor dem Reinickendorfer BVV-Saal versammelt, um dem Protest der Heiligenseer Anwohner gegen den geplanten Ausbau eines Teiles der Schulzendorfer Straße gegenüber den Bezirksverordneten Nachdruck zu verleihen.

Sozialstadtrat Balzer (CDU), in seiner Funktion als amtierender Hausherr, bestand darauf, einem weiblichen Mitglied der BI, welches Flugblätter verteilt hatte, Hausverbot zu erteilen. Als diese sich weigerte, das Haus zu verlassen, wurde die Polizei gerufen. Nach einigem Hin und Her seitens der eifrigen Polizei wurde sie zur Feststellung der Per-



sonalien fortgetragen!

Laut wurde es dann auch noch - allerdings erst im Besucherraum der BVV. Der Antrag von Bündnis 90/Die Grünen, den geplanten Ausbau der Schulzendorfer Straße in Abstimmung mit den Bürgern neu zu konzipieren, wurde abgeschmettert. Darauf verließen die meisten Mitglieder der BI, teils unter lauten Missfallensbekundungen, die Örtlichkeit der politischen Peinlichkeit.

Diesen Antrag hatten die BI, die Einzelverordnete Herranen und die Reinickendorfer PDS inhaltlich unterstützt. Wer dort in welchem Sinne abgestimmt hat, darf nicht vergessen werden. *Horst Jusch*

Im Verwaltungsausschuss der BVV

Über Bürgerbüros, Ordnungsämter und Eltern-Kind-Zimmer...

20. öffentliche Sitzung des Verwaltungsausschusses im Bürgerbüro Reinickendorf- Ost, Teichstraße. Der Vorsitzende Torsten Jens Adrian (SPD) begrüßt die Ausschussmitglieder, zwei Bezirksstadträte, Mitarbeiter des Büros, einige Gäste. Tagesordnung, Protokoll werden bestätigt. Da die Bürgermeisterin verhindert ist, wird die Debatte über den Internet- Auftritt des Bezirks erneut vertagt.

Bezirksstadtrat Balzer (CDU) erläutert Struktur und Aufgaben des neugebildeten Ordnungs- und Gewerbeamtes, spricht Kommunikationsprobleme mit der Senatsinnenverwaltung an. Dem Bezirk werden 22 Planstellen zugemessen, im kommenden Frühjahr sind evtl. 9 besetzt. Ein Flyer informiert die Bürger über die *Zentrale Anlauf- und Beratungsstelle am Eichborndamm 215/239 in 13437 Berlin*.

Pkt. 3. der Tagesordnung sieht die erneute Beratung der Drucksache 0917/ XVII- Große Anfrage von Renate Herranen „Wie bürgerfreundlich sind Reinickendorfs

Bürgerämter wirklich?“ vor. Die Einzelverordnete hat eine Stellungnahme zu Bezirksstadtrat Balzers unbefriedigenden Antworten in der BVV vorgelegt, die entgegen dem Willen der CDU vorgelesen wird. Anschließend zeigen und erläutern Mitarbeiter des Bürgerbüros Ergebnisse, Bedingungen und Probleme ihrer Arbeit - wohlthuend sachlich und selbstkritisch. Es wird eingeräumt, dass die Wartezeiten die angestrebten 30 Minuten oft überschreiten. Bis zum 31.8.04 wurden schließlich 55 000 Kunden betreut.

In Pankow und Spandau wird ein **mobiles Bürgerbüro** getestet. Nach Vorliegen der Machbarkeitsstudie wird sich der Ausschuss im Frühjahr 2005 damit auf FDP-Antrag erneut befassen.

Die Einrichtung eines Eltern-Kind-Zimmers im Bezirksamt (FDP-Antrag) wird nach Prüfung als nicht erforderlich und machbar verworfen, ein ermäßigtes Firmenticket für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Bezirksamtes dagegen eingeführt (B90-Antrag). *K.G.*

Presseerklärung

„Was gut ist für die Bürgerinnen und Bürger - das bestimmen wir!“ Nach diesem Motto hat die CDU-/SPD-/FDP-Mehrheit in der BVV am 15.9.2004 einen Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen abgelehnt, der das Bezirksamt ersuchte, „die vorliegende Planung zum Ausbau der Schulzendorfer Straße in Form eines weitgehenden Neubaus auszusetzen und eine Neuplanung mit Alternativen auf der Grundlage eines aktualisierten, mit den Bürgern in Heiligensee abgestimmten Verkehrskonzeptes zu entwickeln.“

Offenkundiger geht es nicht: Was schert „unsere Volksvertreter“ die Meinung der Betroffenen in Heiligensee? Über 3 000 Anwohner haben mit ihrer Unterschrift bekräftigt: Wir wollen sichere Wege für unsere Kinder! Wir wollen keine Naturzerstörung! Wir wollen nicht mehr Verkehr in der Schulzendorfer Straße! Wir wollen keinen Zubringer zur A 111 auf unsere Kosten!

Hatte nicht die BVV noch im Juni d.J. einstimmig das Bezirksamt ersucht, die Sanierung „nur im engen Dialog mit den Heiligenseer Bürger-



innen und Bürgern zu realisieren?“ Wie schon im August fiel die Bürger-sprechstunde der BVV aus. Hatte da jemand Angst vor Fragen?

Was das Bezirksamt unter Dialog versteht, demonstrierte Bezirksstadtrat Balzer (CDU) als Hausherr am vergangenen Mittwoch vor der BVV gegenüber protestierenden Heiligenseern: Wegen „Hausfriedensbruch“ wurde die Polizei geholt.

Renate Herranen (parteilos, mit PDS- Mandat) hat für den B90- Antrag gestimmt. „ Die PDS Reinickendorf unterstützt ihr Abstimmungsverhalten“, erklärte PDS- Bezirksvorsitzender Klaus Rathmann. „Aber das mag bitte niemanden verwundern. Denn was gut ist für die Bürger, das bestimmen sie immer noch selbst!“

*PDS Reinickendorf
Bezirksvorstand, 20.9.2004*

Foto:
Jürgen Schimrock

Foto und weitere
Informationen:
www.ig-schulzendorferstrasse.de

Begegnungen in Paris...

Vom 10. bis 12. September fand auf dem Ausstellungsgelände des Pariser Flughafens „Le Bourges“ das Pressefest der „L'Humanité“, die der Französischen Kommunistischen Partei nahe steht, statt. Gleichzeitig feierte die Zeitung ihr 100jähriges Bestehen.

Drei Genossen aus Reinickendorf nahmen die Möglichkeit wahr teilzunehmen. Überrascht waren wir vom Ausmaß der Veranstaltung. 450 Stände, darunter 70 von ausländischen linken Parteien und Organisationen, waren Publikumsmagneten.

Insgesamt besuchten über 600 000 Menschen das Pressefest, darunter viele junge Leute. So gab es viele Gesprächsmöglichkeiten. Die Probleme beider Länder sind gar nicht so sehr unterschiedlich. Die Franzosen kämpfen für eine „Grundversicherung für jeden“, die Deutschen haben mit „Hartz IV“ zu tun.

Besonders beeindruckend war die Abschlussveranstaltung des Pressefestes. Über 60 000 Menschen drängten sich auf einem Areal der Größe eines Fußballfeldes, um die Reden zu einer verfehlten Regierungspolitik in Frankreich zu hören. Viele ausländische Gäste sprachen über ihr Bestreben, mit linker Politik die Welt ein wenig besser zu gestalten. Nachdem die 60 000 sich zur französischen Nationalhymne erhoben, sangen sie anschließend die Internationale.

Das macht nicht nur Mut, sondern zeigt – es gibt noch eine linke Bewegung, größer als in Deutschland. Und schließlich zeigte ein von einem Künstler gestaltetes Plakat – „Karl Marx ist nicht tot“. Eindrücke, die die drei Reinickendorfer nicht so schnell vergessen werden.

Olaf Schwabe

Am Rande

Erhard und Marx?

Recht hatte er! Es bedarf nicht viel an Vernunft und keiner Ideologie, um Ottmar Schreiner (SPD, MdB) zuzustimmen: Das Ziel politischen Handelns müsse es sein, dass es *allen* Menschen besser geht.

Zitiert hatte er Ludwig Erhard (CDU), zwar nicht den Erfinder, aber den politischen Umsetzer der „sozialen“ Marktwirtschaft im westlichen Nachkriegsdeutschland. Mit dem Hinweis, nicht Karl Marx, sondern einen exponierten Befürworter des kapitalistischen Wirtschaftssystems zitiert zu haben, brachte er seine grundsätzliche Kritik an der neoliberalen Politik seiner Partei auf den Punkt.

Zu Vollbeschäftigung und Arbeitsmarktpolitik vertrat Ottmar Schreiner im „Ratskeller“ vehement seine Meinung, dass das Grundproblem (noch immer) die zunehmende Verteilungsgerechtigkeit ist und die soziale Spaltung der Gesellschaft sich derzeit auf vielen Ebenen vollzieht. Seine Parteiführung sei daran in beschämender Weise beteiligt, die Parteibasis wurde und werde dabei weitgehend außen vor gelassen. Widerspruch war von dieser nicht auch zu vernehmen – erstaunlich genug, ging es doch um einen Grundpfeiler der „Agenda 2010“.

Begegnungen dieser Art lassen somit Hoffnung auf einen Trendwechsel in der SPD, auf eine Rückbesinnung auf soziale Grundpositionen.

War es Zufall oder bezeichnend, dass kaum BVV-Verordnete der SPD-Fraktion den Weg in den „Ratskeller“ gefunden hatten? Den Sachverstand und das politische und menschliche Rückgrat eines Ottmar Schreiner könnte man dort, und nicht nur dort, sicher gebrauchen.

Horst Jusch

... und am Werbellinsee

Vom 3. bis 5. September trafen sich 38 ehemalige FDJler und Junge Pioniere aus Reinickendorf am Werbellinsee in der Schorfheide. Vor fünfzig Jahren hatten einige von uns ihre Ferien in der damaligen Pionierrepublik „Wilhelm Pieck“ verbracht.

Eine lange Zeit liegt zwischen damals und heute und vieles hat sich seitdem verändert, auch die Teilnehmer. Immer wieder wurde gefragt: „Wer bist Du?“ und dann festgestellt: „Du siehst ganz anders aus“. Am Ende kann immer: „Ich freue mich, dass Du auch dabei bist“.

Wir erinnerten uns an unsere Jugend, hatten wir doch vor fünfzig Jahren zusammen gefunden, um ein neues, besseres Deutschland aufzubauen. Nie wieder sollte von unse-

rem Vaterland ein Krieg ausgehen. Freundschaft zu anderen Völkern und zur Jugend der Welt wollten wir stiften. Wir sammelten Unterschriften für den „Stockholmer Appell“, der zur Ächtung der Atombombe aufrief. Die Wiederbewaffnung unserer Heimat sollte verhindert werden.

An die vielen, vielen Aktion erinnerten wir uns; und am Abend, in vergnüglicher Runde, sangen wir wieder die Lieder, die uns schon früher beim Zelten und Wandern begleitet hatten. Zum Beispiel die Textzeile: „Auf Dich kommt es an, auf uns alle“. Gilt das heute auch noch? Ja, denn wir sind noch da. Und so verabschiedeten wir uns mit den Worten: „Bis Montag dann, zur Demo vor dem Roten Rathaus“:

Karl-Heinz Joseph

Impressum
Herausgegeben vom Bezirksvorstand der PDS Reinickendorf, V.i.S.d.P.: Klaus Rathmann.

Wir in Reinickendorf wird vom Bezirksverband finanziert.

Spenden sind ausdrücklich erwünscht:
PDS Reinickendorf, Berliner Bank, BLZ: 100 200 00, Kontonummer: 4384 816812.

Hier finden Sie uns:



Roter Laden

Schloßstraße 22
13507 Berlin-Tegel.
Öffnungszeiten:
Mo - Fr 15.00 bis 18.00 Uhr
Tel.: 4373 2630
Fax: 4373 2632
e-mail:
info@pds-reinickendorf.de
internet:
www.pds-reinickendorf.de

Termine

Tegeler Dialoge im „Roten Laden“

„China im 21. Jahrhundert“, mit Dr. Wolfram Adolphi, Rosa-Luxemburg-Stiftung am 23.10., 14.00 Uhr
„Europäische Verfassung - Bevölkerung fragen!“ mit Andreas Wehr, Mitglied des Europa-Parlament, am 6.11.2004, 14.00 Uhr

Fuchs-Galerie

Ausstellung mit Karikaturen und Plakaten von Klaus Stuttmann im „Roten Laden“, wochentags in der Zeit von 15.00 bis 18.00 Uhr